



► **Politik Info**

Horst Mund \*, Kai Burmeister \*\*

## **Gewerkschaften vor der Herausforderung Europa – Nach der EU-Ratspräsidentschaft ist vor der Ratspräsidentschaft**

### **EU 2007: Zwischen „Weiter so“ und neuen Wegen**

Allen positiven Konjunkturdaten zum Trotz: Alltagsbestimmend für weite Bevölkerungsteile in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sind nach wie vor Arbeitslosigkeit und stärker noch die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und sozialem Abstieg. Die Menschen in Europa erleben zunehmende Prekariisierung sowie ein unübersehbares Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich. Dies ist die Hintergrundfolie für eine wachsende Skepsis gegenüber der europäischen Politik.

Die Gründe für die versagte Zustimmung zum Verfassungsvertrag in den beiden EU-Gründungsstaaten Frankreich und den Niederlanden liegen in den Geburtsfehlern des gesamten Integrationsprojektes: Die Dominanz der wirtschaftlichen vor der sozialen Integration hat dazu geführt, dass Europa vor allem als

Markt verstanden wird und die soziale Dimension zu lange nur ein Schattendasein führte. Aktuelle politische Schwerpunktsetzungen verschärfen dieses Grundübel noch. Die EU-Kommission setzt besonders nach der Revision der Lissabon-Strategie auf eine fast ausschließlich angebotsorientierte Politik, die vielfach mit Abbau und Deregulierung sozialer Standards (z.B. Auseinandersetzung um die Dienstleistungsrichtlinie) einhergeht. Hinzu kommt ein Mangel an Transparenz und demokratischen Mitentscheidungsmöglichkeiten, der „Brüssel“ zum Synonym einer bürgerfernen Administration hat werden lassen.

Seit dem „Non“ und dem „Nee“ hat nicht zuletzt auch in Deutschland eine Debatte über die Werte und vor allem den künftigen Kurs der EU stattgefunden. Es bewahrheitet sich, dass Krisen immer auch Chancen beinhalten. Es könnte sich später herausstellen, dass die französischen und niederländischen Wählerinnen und Wähler Europa einen großen Dienst erwiesen haben. Es besteht die Möglichkeit für die notwendige Neuorientierung der europäischen Integration; vielleicht wird so die EU davor bewahrt, weiteren Kredit bei den Menschen Europas zu verspielen.

\* Leiter des Funktionsbereichs Internationales und Europa beim Vorstand der IG Metall

\*\* Funktionsbereich Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall

Zum jetzigen Zeitpunkt kann das genaue Ergebnis des Verfassungsprozesses nicht vorausgesagt werden. Als zu unübersichtlich erweist sich die politische Landkarte nach der Wahl in Frankreich. Unabhängig davon steht Europa jetzt an einer entscheidenden Weggabelung: ein neoliberales und bürgerfernes „Weiter so“ oder aber der Aufbruch in eine neue Ära der europäischen Integration. Es heißt, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Angesichts dieser Ausgangslage wäre es politisch fatal, würde jetzt hinter verschlossenen Türen des anstehenden EU-Gipfels ein Kompromiss in Sachen Verfassung ohne Beteiligung der Bevölkerung vorbereitet werden. Dieser Weg des vermeintlich geringsten Widerstands wäre begehbar. Allerdings würde das vorhandene Misstrauen, das in einigen Mitgliedsländern bereits in einen rechten Anti-Europakurs umgeschlagen ist, gegenüber einer bürgerfernen politischen EU-Elite nur neuen Auftrieb erhalten. Auch in Europa muss es hingegen heißen: Mehr Demokratie wagen! Dies bedeutet, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger gleichzeitig in einem Referendum über einen überarbeiteten Verfassungsvertrag (bzw. Grundlagenvertrag) abstimmen sollten.

Der Aufbruch in eine neue Phase der europäischen Integration braucht neben mehr Beteiligung auch eine politische Neuausrichtung. Die notwendige Zustimmung zu Europa ließe sich dadurch erreichen, dass die EU auf eine steigende Beschäftigung und den sozialen Zusammenhalt ausgerichtete Politik in den Mittelpunkt setzt. Das in den Referenden in den Niederlanden und Frankreich implizit formulierte Junktim lautet, dass Europa nur dann weiter unterstützt wird, wenn es die Sorgen und Ängste der Menschen gegenüber einer vertieften sozialen Spaltung ernst nimmt.

Die Leitfrage muss dabei lauten: Wie kann der soziale Zusammenhalt zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten gestärkt werden? Knapp 80 Millionen Einkommensarme, 14 Millionen Niedriglöhner sowie sich ausbreitende prekäre Arbeitsbedingungen verdeutlichen dabei die Größe der Herausforderung. Dies bedeutet auch, die enorme wirtschaftliche und soziale Spaltung zwischen den alten und den seit 2004 beigetretenen Ländern mittelfristig zu vermindern. Zwar kommt mittlerweile fast jeder fünfte EU-Bürger aus einem der neuen Mitgliedstaaten, doch werden dort trotz des spürbaren Aufholens weniger als sechs Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts erstellt.

Unabhängig vom konkreten Mandat des EU-Gipfels muss es nun darum gehen, nach den Phasen der wirtschaftlichen Integration (Binnenmarkt, Währungsunion, Euro) das Jahrzehnt des sozialen Zusammenwachsens Europas einzuleiten.

## Gewerkschaften auf dem Weg nach Europa

Die Gewerkschaften sind aus wohl verstandenem Eigeninteresse gefordert, sich stärker europäisch und europapolitisch zu engagieren. Die tagtäglichen Herausforderungen eines zunehmend international agierenden Kapitals weisen auf die eigenen Defizite hin und verlangen, sich stärker als bisher europäisch aufzustellen.

Dabei geht es weder darum, pflichtgemäß gegenüber der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für sechs Monate eine europapolitische Rhetorik hervorzukramen, noch darum, sämtliche gesellschafts-, tarif- und betriebspolitischen Auseinandersetzungen auf die europäische Ebene verlagern zu wollen. Ein Ansatz, alles, was auf nationaler Ebene nicht mehr gestaltbar ist, über Europa lösen zu wollen, kann nicht erfolgreich sein. Bei aller Notwendigkeit zu verstärkter europäischer und internationaler Zusammenarbeit beziehen Gewerkschaften noch immer ihre Stärke aus der Tatsache, auf nationaler Ebene handlungs- und notfalls auch streikfähig zu sein. So sind zum Beispiel Gewerkschaften von europaweiten Tarifverhandlungen noch weit entfernt und das auch aus gutem Grund.

Vielmehr geht es um eine realistische Raumvermessung, bei der die wesentlichen internationalen und europäischen Herausforderungen durch die Gewerkschaften systematisch angegangen werden. Wichtige Impulse können hierzu die im Mai und Juni stattfindenden Kongresse des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) sowie des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) geben.

Die Durchsetzung der Interessen von Beschäftigten an guter Arbeit und anständigen Löhnen wird auch weiterhin vor allem im nationalen Kontext entschieden. Auseinandersetzungen wie bei AEG, General Motors und Airbus zeigen aber auch die gewachsene Bedeutung der europäischen Dimension. Trotz der schon vielfältig gesammelten Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Arbeit muss klar benannt werden, dass die Gewerkschaften noch einen deutlichen Rückstand in Sachen Europäisierung aufweisen. Die IG Metall hat die Dringlichkeit erkannt, sich diesem Defizit entlang wesentlicher gewerkschaftlicher Handlungsfelder zu stellen.<sup>1</sup> Dieser Anspruch macht deutlich, dass sich hinter dem Etikett Europäisierung vor allem die Umset-

<sup>1</sup> Die IG Metall hat im Rahmen des Arbeitsvorhabens „Für ein erneuertes europäisches Sozialmodell“ ein programmatisches Papier zur Diskussion gestellt und sich vorgenommen, die Europäisierung der eigenen Arbeit anzugehen. Mehr unter [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

zung in der Alltagspraxis und damit in der Arbeit vor Ort und auf betrieblicher Ebene versteckt. Es geht zwar auch um eine Verstetigung des europapolitischen Expertentums und der Präsenz in Brüssel, vor allem aber um die Stärkung in den klassischen gewerkschaftlichen Handlungsfeldern wie z.B. die Betriebs-, Tarif- und Sozialpolitik.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass in Europa kein einheitliches System industrieller Beziehungen besteht. Zu beobachten ist vielmehr ein Nebeneinander unterschiedlicher Systeme. So verfügen neben Deutschland eine Reihe weiterer Länder – vor allem die nordischen Länder, aber auch Österreich – über eine duale Struktur von Gewerkschaften und Betriebsräten, während andere Länder die Institution Betriebsrat nicht kennen. Die Ausprägung der Mitbestimmung ist ebenfalls äußerst divers. Euro-Optimisten sehen im Bereich der Arbeitsbeziehungen eine Tendenz zur Konvergenz – als ein Beleg dafür wird die neugeschaffene Möglichkeit in Polen angeführt, Betriebsräte zu gründen.

### **a) Standortverlagerung: Die Herausforderung für die europäische Betriebspolitik**

Seit 1994 gibt es die Möglichkeit, in Unternehmen, die an mehreren Standorten in der EU tätig sind, Europäische Betriebsräte (EBR) zu gründen. Die EBR sind mit deutlich weniger Mitbestimmungsrechten ausgestattet als deutsche Betriebsräte. Dennoch: Über 800 EBR mit mehr als 11.000 EBR-Mitgliedern sind ein eindrucksvoller Beweis für gelebte europäische Demokratie in den Betrieben.

Mit Auseinandersetzungen über Investitionsentscheidungen und über Verlagerungen innerhalb der EU bekommen EBR und Gewerkschaften auch neue Aufgaben<sup>2</sup>: Es geht vermehrt darum, dass sich Belegschaften an unterschiedlichen Standorten nicht gegeneinander ausspielen lassen. Die Herausforderung besteht darin, legitime Arbeitsplatzinteressen an einem Standort im Zusammenhang mit den ebenso legitimen Interessen anderer Standorte zu sehen.

---

2 Der Forschungsstand über die Arbeitsplatzeffekte der Globalisierung sowie über die Verlagerung von Arbeitsplätzen ist äußerst differenziert. Gesamtwirtschaftlich ist Deutschland nicht von einer Verlagerungswelle betroffen, was wiederum spektakuläre Einzelfälle und gehäufte Fälle in einzelnen Branchen nicht ausschließt. Sicher hingegen ist, dass das gefühlte und das tatsächliche Ausmaß weit auseinanderliegen und die Drohung mit Arbeitsplatzverlagerung zunehmend als Disziplinierungsinstrument eingesetzt wird. Ausführlich setzten sich Klodt und Christensen mit den Arbeitsplatzeffekten auseinander: Vgl. Klodt/Christensen, Home Market Effects of Foreign Direct Investment: The Case of Germany, Zürich 2007

Wie dies – häufig unter extrem großen Schwierigkeiten – gelingen kann, zeigen die Erfahrungen von General Motors/Europe. Seit den 1990er Jahren sahen sich die Belegschaften mehrfach massivem Druck seitens des Managements ausgesetzt, als es um die Vergabe neuer Modelle ging. Das jüngste Beispiel war die Vergabe des Astra-Nachfolgemodells im Frühjahr 2007. Dem EBR gelang es, dem Management gegenüber eine geeinte Position zu vertreten und individuelle Verhandlungen einzelner Produktionsstandorte zu vermeiden. Es zeichnet sich ab, dass Standortschließungen voraussichtlich verhindert werden können.

Beispiele à la Airbus zeigen, dass grenzüberschreitende Kooperation bereits vor dem Eintreten möglicher betrieblicher Konflikte bestehen muss. Sie im Ernstfall zu etablieren, ist äußerst schwierig. Auch wenn Gewerkschaften und EBR Umstrukturierungen „erfolgreich“ bewältigen, so sind es doch meist Abwehrkämpfe, die häufig mit Arbeitsplatzverlusten bzw. massiven Zugeständnissen bei Löhnen und Arbeitszeiten verbunden sind. Es geht dann darum „to share the pain“, d.h. die Lasten zwischen den einzelnen Standorten möglichst fair zu verteilen. Eine zunehmend wichtigere Rolle spielt dabei der Europäische Metallgewerkschaftsbund, der den Interessenausgleich zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen sucht. Perspektivisch geht es um die Etablierung von gemeinsamen Branchenstrategien und um ein gemeinsames Vorgehen über Verlagerungsabsprachen u.ä. zwischen den Gewerkschaften in Europa.

### **b) Tarifpolitik zwischen nationaler Stärke und europäischer Koordination**

Tarifverhandlungen sind in erster Linie Sache der nationalen Gewerkschaften. Dennoch besteht nicht zuletzt durch die gemeinsame Währung auch im Bereich der Tarifpolitik die Notwendigkeit zur europäischen Koordination. Die Metallgewerkschaften der EU haben sich auf die so genannte „Lohnkoordinierungsregel“ geeinigt, d.h. ihre Lohnforderungen orientieren sich am Produktivitätswachstum und der erwarteten Inflationsrate.

In den vergangenen Jahren ist es den deutschen Gewerkschaften nicht immer gelungen, einen solchen Abschluss zu erzielen. Die daraus abgeleitete Wirkungskette zeigt eindrucksvoll die Notwendigkeit einer wirkungsvollen tarifpolitischen Koordinierung. Die erzwungene Lohnzurückhaltung war in erster Linie der relativ schlechten Verhandlungsposition der Gewerkschaften in Zeiten anhaltend hoher Arbeitslosigkeit geschuldet, führte in der Konsequenz zur europaweit

beispiellosen Verringerung der Lohnstückkosten in der deutschen Industrie. Die dadurch verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie setzte wiederum die anderen europäischen Gewerkschaften unter Druck, die häufig den hiesigen Gewerkschaften vorwarfen, durch „Concession bargaining“ die eigene Position zu Lasten anderer europäischer Länder zu verbessern. Bevor europäische Tarifverhandlungen eines Tages Realität werden, muss der Ansatz zur europäischen Lohnkoordinierung auch in anderen Branchen gestärkt und vor allem muss mindestens der verteilungsneutrale Spielraum ausgeschöpft werden.

### c) Europa als Ebene sozialer Auseinandersetzungen

Neben den betriebs- und tarifpolitischen Ansätzen sind die Gewerkschaften auch gefordert, die solidarische Erneuerung Europas in weiteren Bereichen des eigenen Handelns zu befördern. Im Mittelpunkt muss dabei stehen, die Auseinandersetzung um die Meinungsführerschaft mit der neoliberal dominierten Barroso-Kommission zu suchen. Deshalb braucht es auch symbolische Auseinandersetzungen, die das soziale Europa verdeutlichen. Der Vielfalt sind dabei kaum Grenzen gesetzt.

Aufmerksamkeit verdient der Konflikt über die Bedeutung öffentlicher Aufgaben. Über das Arbeitsplatzinteresse hinaus stehen Gewerkschaften zusammen mit zivilgesellschaftlichen Bündnispartnern für ausgebaut und leistungsfähige öffentliche Dienste ein. Die gute Versorgung aller Bürger muss im Mittelpunkt stehen. Die EGB-Petition „Hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle“ ist ein Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Kampagnenfähigkeit der Gewerkschaften.

Ebenso müssen sich nahezu alle Gewerkschaften mit der Prekarisierung der Arbeit auseinandersetzen. Ansätze wie „*decent work*“ (menschenwürdige Arbeit) bieten ein breites Dach, unter dem sich die einzelnen Gewerkschaften zusammenfinden können. Es muss auch ausgetestet werden, ob sich neue Bündnispartner gewinnen lassen. Die EU-Arbeits- und Sozialminister haben mittlerweile den Begriff „gute Arbeit“ aufgegriffen. Ob sich hier die Möglichkeit ergibt, tatsächlich eine europaweite Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen (z.B. Schutz vor psychischen Belastungen) anzuschließen, muss ausprobiert werden. Auch beim Thema Regulierung der Finanzmärkte und seiner Akteure gibt es Bewegung auf europäischer Ebene. Die Sozialistische Fraktion im Europaparlament hat Vor-

schläge zur Regulierung von *Hedge Fonds* und *Private Equity* vorgelegt, die sich mit gewerkschaftlichen Forderungen überschneiden.<sup>3</sup>

Nicht zuletzt fängt Europa vor Ort an. Vielerorts bestehen Ansätze europäischer Arbeit. In einigen Grenzregionen haben sich länderübergreifende Kooperationen entwickelt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund verfügen zudem über das Wissen und die Kontakte in andere „europäische“ Länder. Lassen sich diese Erfahrungen nutzen? Die absehbare Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU darf nicht zu einer neuen Runde des Unterbietungswettlaufs werden. Gleichzeitig ist sie eine Herausforderung für die gewerkschaftliche Organisation neuer Zielgruppen.

### Ausblick

Die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands geht allmählich ihrem Ende entgegen. So schnell wie der europäische Wanderzirkus in Deutschland Station gemacht hat, so schnell wird Europa wahrscheinlich auch aus dem Interesse des größten Teils der Berliner Politik wieder entschwinden.

Die Absichtserklärung des Berliner Gipfels, die Gemeinschaft bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen, beinhaltet Chancen. Diese würden verspielt, würde der Regierungsgipfel nur nach einem spitzfindigen Ausweg zur Umgehung des unliebsamen Bürger-votums suchen. Entscheidend ist, die Erneuerung des Europäischen Sozialmodells zum Ausgangspunkt für die nächste Entwicklungsetappe zu machen.

Für die Gewerkschaften in Deutschland und in allen anderen europäischen Ländern ist dies sowohl eine politische Forderung als auch Anspruch an das eigene Handeln. Diese Bringschuld müssen die Gewerkschaften einlösen. Dies bedeutet, über die kurze Dauer der EU-Ratspräsidentschaft hinaus die eigene programmatisch-konzeptionelle Ausrichtung ebenso wie die politische Praxis konsequent auf Europa auszurichten. Die IG Metall hat sich auf den Weg nach Europa aufgemacht.

Herausgeber: Dr. Christian Kellermann  
Internationale Politikanalyse  
www.fes.de/internationalepolitik  
E-Mail: Christian.Kellermann@fes.de

3 Socialist Group in the EP, Hedge Funds and Private Equity – A critical analysis [http://www.socialistgroup.eu/gpes/media/documents/38708\\_38708\\_publication\\_hedge\\_funds.pdf](http://www.socialistgroup.eu/gpes/media/documents/38708_38708_publication_hedge_funds.pdf)